Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 30 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 415. Donnerstag den 3. December 1891. 85. Jahrgang.

Leipzig, 3. December.

* In der Berliner Presse wird eine neue Vermuthung an den Besuch des Dänenkönigs beim deutschen Kaiser geknüpft. Man erinnert sich, daß vor Jahr und Tag der Plan einer Vermählung des ältesten Sohnes des dänischen Kronprinzen mit der jüngsten Schwester unseres Kaisers nicht blos von den Zeitungen erörtert worden ist. Man will nun aus diesem Besuch schließen, daß dieser Plan von dänischer Seite mindestens noch keineswegs aufgegeben sei. Wir geben auch diese Vermuthung lediglich als solche wieder. Jedenfalls steht soviel fest, daß der in der Presse ziemlich unbemerkt vorübergegangene Besuch in den Berliner politischen Kreisen Stoff zu mannichfachen Erörterungen und Auslegungen gegeben hat. Die „Post" sucht sie bekanntlich zu widerlegen, daß 1) keine Zusammenkunft zwischen der Kaiserin Friedrich und dem König von Dänemark stattgefunden habe und 2) der Besuch des Letzteren nur eine Erwiderung des Besuches sei, den der Kaiser kurz nach seiner Thronbesteigung dem dänischen Königspaar abgestattet habe. Die Post übersieht dabei nur, daß dieser Besuch längst vom Könige von Dänemark erwidert worden ist und daß auch ohne eine Zusammenkunft des Letzteren mit der Kaiserin Friedrich der bewußte Heirathsplan mit dem Haupt des Hohenzollernhauses besprochen sein kann. Die Kaiserin Friedrich war bekanntlich mit der Prinzessin Margarethe im vorigen Jahre am Copenhagener Hofe.

* Dem Bundesrath sind die aus den Berathungen des in diesem Jahre zu Wien abgehaltenen Postcongresses hervorgegangenen, von den deutschen Bevollmächtigten vorbehaltlich der Bestätigung mitunterzeichneten Vertragsurkunden, nämlich 1) der Weltpostvertrag nebst Schlußprotokoll, 2) das Uebereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen und Kästchen mit Werthangabe, 3) das Uebereinkommen, betreffend den Postanweisungsdienst, 4) die Uebereinkunft, betreffend den Austausch von Postpacketen, 5) das Uebereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst, 6) das Uebereinkommen, betreffend den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften nebst einer erläuternden Denkschrift zur Kenntnißnahme und Beschlußfassung von dem Reichskanzler vorgelegt worden.

* Die Handelsverträge sind, wie die „Magdeburgische Zeitung" meldet, bereits vom Bundesrath angenommen worden und befinden sich im Druck. Wann und in welcher Form sie dem Reichstage amtlich überreicht werden, ist noch nicht sicher bestimmt; doch soll jedenfalls schon am 10. December, Donnerstag, die erste Lesung derselben stattfinden.

* Die Abgeordneten des Ausschusses des Deutschen Handelstages, die vor einigen Tagen in Berlin versammelt waren, hatten mehrfache Unterredungen mit den Vertretern der Staats- und Reichsbehörden, um über die demnächstige in Berlin zu veranstaltende Ausstellung zu berathen. Die Abhaltung einer Ausstellung in Berlin wurde im Princip von allen Seiten anerkannt. Zu lebhaften Debatten führte nur die Frage, ob nationale oder internationale Ausstellung. Man entschied sich für die letztere. Ausschlaggebend war das Urtheil des Geh. Commerzienraths Krupp in Essen, der eine Betheiligung in großartigem Maßstabe in Aussicht stellt, wenn die Ausstellung einen internationalen Charakter erhält. Als Ausstellungsjahr wurde frühestens das Jahr 1896 in Aussicht genommen. Diese Ausführungen decken sich mit denen, welche gestern in der Budgetcommission des Reichstags gemacht worden sind und worüber im Morgenblatt berichtet wurde.

* Ein Protest gegen die Abfassung der Protokolle über die Verhandlungen der Handwerkerimmediatcommission, sowie gegen die Fassung des darüber erstatteten Berichts an den Kaiser soll, wie in der Generalversammlung des Breslauer Innungsausschusses von dem Schneidermeister Weiß mitgetheilt wurde, dem Kaiser übergeben werden. In Berlin soll eine Versammlung von Fachverbandsvorständen über weitere Schritte berathen.

* Oberpräsident Dr. von Bennigsen wird voraussichtlich an den Verhandlungen des Reichstages, also auch an den Colonialdebatten, nicht theilnehmen, da derselbe durch die Verhandlungen des Provinziallandtages, der am 1. Decbr. eröffnet worden ist, in Hannover festgehalten wird. In unterrichteten Kreisen glaubt man nicht, daß die Handelsverträge den Reichstag vor Weihnachten beschäftigen werden.

* Die Börsenanträge sollen nunmehr am nächsten Montag im Reichstag zur Berathung kommen.

* Ueber den Besuch, den Fürst Bismarck der Hauptstadt des Herzogthums Lauenburg abstattete, wird noch geschrieben: Der Fürst hat sich nur wenig verändert. Vielleicht haben die Augen etwas von dem mächtigen, durchdringenden Blicke verloren, der ihnen früher eigen war. Auch schien sein Auftreten weniger fest und militärisch zu sein, was sich besonders in einigen nervösen Bewegungen der Hände kundgab. Im Uebrigen aber war die Rüstigkeit bewundernswürdig, mit welcher der greise Mann die steilen Stufen des Salonwagens ohne jede Hilfe hinabstieg. Graf Herbert Bismarck erschien voller und frischer als früher. Der Fürst vertauschte bald die Mütze mit seinem historischen Kürassierhelm und schritt zum Denkmal Kaiser Wilhelm's I. Es war ein Anblick, der allen Umstehenden tief zu Herzen ging, als der greise Staatsmann vor das Denkmal trat. Die Hände ineinander legend, schaute er lange zu dem Standbild empor, und nicht Viele mögen es vernommen haben, wie innig der Ausdruck war, den er nach längerem Schweigen in die drei langsam gesprochenen Worte: „Der — alte — Herr!" hineinlegte. Alsdann zog er ein Lorgnon aus der Tasche, um die Züge des ehernen Bildes besser sehen zu können. Das Denkmal gefiel dem Fürsten, wie er seiner Umgebung gegenüber äußerte, sehr gut, nur habe der Kaiser im Leben freundlicher ausgesehen.

* Zu den Aeußerungen des Reichskanzlers v. Caprivi über die Behandlung der Polen nehmen die vorsichtigeren polnischen Blätter, wie der „Dziennik", eine höflich entgegenkommende Haltung ein, in der aber von einem Verzicht auf die nationalpolitischen polnischen Bestrebungen nichts zu bemerken ist. Die radicaleren Volksblätter machen „aus ihrem Herzen keine Mördergrube"; so schreibt, wie wir dem „Pos. Tageblatt" entnehmen, der „Courier":

„Die Aufhebung der Polizeiaufsicht im Posen und der Privatunterricht in der polnischen Sprache, sowie der Erzbischof in Posen, sind jener Leim, welcher beide Flügel der preußischen Monarchie, jenen französischen und jenen polnischen Flügel, mit dem brandenburgischen Körper stärker verbinden soll. Es sind dies eine sehr verständige Taktik und vortreffliche Absichten eines preußischen Staatsmannes, es handelt sich nur darum, ob diese Verbindung der Flügel mit dem Rumpf eine nicht zu sehr wackelige ist und ob der neue Leim stark genug sein wird." Der Artikel beschreibt die vom Fürsten Bismarck gegen die Polen befolgte Politik, welcher die jetzigen Maßnahmen der Regierung gegenüber gestellt werden, und bemerkt, „daß die Berechnungen des Herrn von Caprivi und die guten Resultate derselben von dem Leim abhängen würden, den er gebrauchen werde." Weiter wird der günstige Eindruck hervorgehoben, den die Ernennung des Dr. von Stablewski zum Erzbischof gemacht habe, und gesagt, „daß Herr von Caprivi in diesem Augenblicke die Stimmung aller Polen für sich habe — dieselben stellten nur die Frage, ob dies eine Abschlagszahlung sei oder ob es damit ein Ende habe." Schließlich giebt das Blatt Auszüge aus der Rede des Reichskanzlers und rechnet es jeder Leser die Aufforderung, dieselbe den Frauen und Kindern vorzulesen und zu erklären und jeden Tag sich zu sagen: „Rom hat mit Berlin gewisse, bisher unerforschte Berechnungen. Aus Rom ist dem Geistlichen v. Stablewski die ganze Rede, die er in Thorn gehalten, zugesandt und ihm befohlen worden, dieselbe zu halten, damit der Wolf satt werde und die Ziege ganz bleibe, d. h. damit ohne Verletzung der preußischen Tradition und der gegenwärtigen preußischen Bestrebungen ein Pole den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen-Posen einnehmen könne. — Wenn Ihr dies gelesen habt, so legt den Finger auf den Mund und schweigt — bis sich wieder ein Document zeigt! Wartet nur auf den Hirtenbrief!"

* Der dem Centrum angehörige Reichstagsabgeordnete Geistl. Rath Müller, Vertreter des Wahlkreises Pleß-Rybnik (7. Opeln), hat sein Mandat niedergelegt. Derselbe vertrat den Wahlkreis ununterbrochen seit Errichtung des Reichstags und dürfte in dieser Beziehung einzig dagestanden haben. Einen ernstlichen Widerspruch hat seine Wahl nie gefunden; im vorigen Jahre wurde er mit 17 486 gegen 1255 freiconservative und wenige zersplitterte Stimmen anderer Parteien gewählt.

* Der nationalliberale Wahlverein in Frankfurt a. M. hat einstimmig den Stadtrath Otto Grimm als Candidaten für das erledigte Landtagsmandat aufgestellt. Die Wahl findet am 12. Januar statt.

* Die Abtheilung Berlin der Colonialgesellschaft veranstaltet am Freitag, 11. d. M., im Architektenhause eine Gedenkfeier für den in Afrika gefallenen Herrn von Gravenreuth.

* Die Vorgänge, welche bei dem Proceß Heintze an die Oeffentlichkeit gelangt sind, haben auch die Frage der Organisation des Nachtwachtwesens speciell in Berlin wieder auf die Tagesordnung gestellt. Wenn jetzt durch die Presse die Mittheilung geht, daß Verhandlungen, welche auf die Verbindung des Nachtwachtwesens mit der Schutzmannschaft hinauslaufen, an den erheblichen Mehrkosten einer solchen Einrichtung gescheitert sind, so mag daran erinnert werden, daß einen der Zwecke des für die nächste Landtagssession wiederum geplanten Polizeikostengesetzes die Gewinnung der Mittel zu einer besseren und kräftigeren Organisation der Sicherheitspolizei bildet. Fiscalische Zwecke werden bei der beabsichtigten Neuordnung der Beitrags-Verhältnisse des Staates und der Gemeinden zu den Kosten der königlichen Polizeiverwaltung nicht verfolgt. Ausgleichende Gerechtigkeit und Verbesserung der Sicherheitspolizei sind vielmehr die einzigen Zwecke, welche damit erreicht werden sollen. Unter den letzteren Gesichtspunct fällt auch eine dem Bedürfniß der Gegenwart entsprechende Ordnung des Nachtwachtwesens im engen Anschluß an die mit der übrigen Sicherheitspolizei betrauten Organe. Dies sind in allen Städten mit königlicher Polizeiverwaltung die königlichen Polizeibehörden. Es liegt nach den „B. N. N." augenscheinlich auch nicht in der Absicht, hierin in Zukunft eine Aenderung eintreten zu lassen. Wenn sonach neben den erhöhten finanziellen Aufwendungen in einigen Fällen der Uebergang des Nachtwachtwesens auf den Staat die Voraussetzung einer dem Bedürfniß entsprechenden Regelung desselben bilden wird, so liegt bekanntlich in der Absicht, den betreffenden Städten durch Erweiterung ihrer Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Wohlfahrtspolizei einen mehr als ausreichenden Ausgleich zu bieten.

* Aus München wird uns geschrieben:

Wiederholt hat man sich in Bayern damit beschäftigt, die Vortheile des österreichischen Kilometertarifes zu untersuchen und Betrachtungen darüber anzustellen, wie lange sich Bayern als Nachbarstaat Oesterreichs infolge naturgemäßer Consequenzen vom Zonentarif werde fernhalten können. Öfteres hieß die Regierung mehrfach ihre abwartende Haltung verkünden, eine officielle Stellungnahme jedoch erfolgte erst gestern im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer bei Berathung des Eisenbahnetats. Das Ueberraschende an der gestrigen Abendsitzung ist keineswegs die bereits bekannte Haltung der Regierung, vielmehr Einmüthigkeit der Redner auf der linken und rechten Seite des Hauses in der Verwerfung des Zonentarifes. Schon die Referenten des Ausschusses, bekannte Parlamentarier, wie v. Stauffenberg und v. Soden, verbreiten sich vorweg ablehnend, in der Ueberzeugung, kein Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer wünsche die Einführung des Zonentarifes. Der Führer der bayerischen Centrumspartei Dr. Daller fuhr nach dieser Einleitung sofort mit schwerem Geschütz auf und nannte den Zonentarif unpraktisch und ungerecht, von starken Schattenseiten begleitet! Links wie rechts erstanden dem Zonentarif Gegner, keiner der Redner ließ ein gutes Haar an der Verbilligung der Eisenbahntarife. Ueber so viel Entgegenkommen seitens der Kammer einigermaßen überrascht, sprach sich sodann der Eisenbahnminister und Ministerpräsident Freiherr v. Crailsheim officiell über diese Frage aus. Nach offizieller Auffassung ist der ungarische Tarif dem Publicum nicht günstig, der bayerische bisherige dagegen im Verhältniß günstiger, als der neue österreichische Zonentarif. Der Minister sagt, die österreichischen Erfahrungen seien nicht so verlockend und die unvermeidlichen Unzukömmlichkeiten beim Zonentarif würde das bayerische Publicum „kaum so geduldig" hinnehmen. Eine probeweise Einführung auf einer Strecke wird abgelehnt und mit Bekanntgabe der Einnahmedefizite von 7 Millionen bei Einführung der Zonentarife in Bayern unter den bisherigen Verkehrsverhältnissen die Versicherung ausgesprochen, daß Bayern sich im Falle einer Einigung der deutschen Bahnen bei einer Fahrpreisermäßigung nicht ausschließen werde. Damit ist das endgültige Wort in dieser Sache gesprochen. Roma locuta est! Wie im Volke die Haltung der Kammer aufgefaßt werden wird, ist nicht schwer zu sagen, man versteht die Abgeordneten nicht, die gegen eine Verbilligung des Hauptverkehrsmittels sprachen. Das von Vielen erhoffte Ziel, das um so mehr erstrebt wird, als durch den Grenzverkehr mit Oesterreich die Vortheile des billigen Reisens täglich vor Augen ziehen, ist auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben, Bayern hat hierin die Initiative Preußen überlassen. Wann nur die Preußen dieses nicht „schnell schießen" würden!

* * *

* In Wien veranstaltete aus Anlaß des Besuches des Kaisers in der Mehl- und Fruchtbörse die dortige Kaufmannschaft am Montag ein Bankett, bei welchem der Mannheimer Großhändler Wunderlich in einem Toaste den Wunsch aussprach, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland mögen sich nach den neuen Handelsverträgen noch inniger gestalten als bisher. Redner erklärte, vom Reichskanzler von Caprivi in telegraphischem Wege beauftragt worden zu sein, dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß die Handelsverträge die gegenseitigen Beziehungen kräftigen sollen. Reichsrathsabgeordneter Sueß hob hervor, wie erfreulich es sei, solche Worte zu hören, besonders wenn dieselben von einer Quelle wie der Reichskanzler autorisirt sind.

* Die deutschen Katholiken Oesterreichisch-Schlesiens wehren sich gegen eine Lostrennung von der Diöcese Breslau und gegen eine Einverleibung nach Krakau; die Polen wollen dagegen um jeden Preis die Schlesier verschlucken. In Folge der Adresse der schlesischen Geistlichkeit an den Fürstbischof Dr. Kopp gegen die Ausscheidung Oesterreichisch-Schlesiens aus der Diöcese Breslau wird polnischerseits die Entsendung einer Gegenadresse an den Cardinal Dunajewsky zur Erwirkung der Einverleibung der Diöcese Teschen in das Krakauer Bisthum betrieben.

* Im österreichischen Reichsrathe brachten die Abgeordneten Prade und Genossen eine Interpellation an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe ein, wegen der Entsendung einer Specialcommission nach Reichenberg in Sachen der Explosion, welche zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers in Reichenberg Anfang October d. J. stattgefunden hat. In der Interpellation wird darauf hingewiesen, daß die Entsendung der Commission geeignet sei, die im Zuge befindliche gerichtliche Untersuchung zu beeinflussen. Bei Berathung des Budgets des Handelsministeriums beantragte der Jungczeche Herold eine Theuerungszulage für die untersten Kategorien der Staatsbeamten. Der Liberale Berg sprach gegen das christlich-sociale Programm des Fürsten Liechtenstein; der Antisemit Gegmann griff die Depositenbank wegen Errichtung der Großschlächterei an, sowie die Nordbahn wegen des Kohlenhandels; der Liberale Wrabey meinte, die gewerblichen Genossenschaften sollten, statt Politik zu treiben, arbeiten. Der Pole Jaworski interpellirte die Regierung wegen der Theuerungszulagen für die kleinen Beamten.

* In der österreichischen Delegation führte in der Generaldebatte über das Heeresordinarium der Kriegsminister Frhr. v. Bauer, wie schon kurz gemeldet, aus, er könne sich weder für noch gegen die zweijährige Präsenzdienstzeit aussprechen, weil noch Studien gemacht werden müßten. Das deutsche Muster könne nicht einfach auf die österreichischen Verhältnisse angewandt werden; es müßten vorerst die nothwendigen Vorbedingungen geschaffen werden. Dieselben seien ein bedeutend erhöhter Präsenzstand, vermehrte Unterofficiersschulen, sowie Verbesserung der Lage der Unterofficiere. Die Kriegsverwaltung widme der Frage ihre Aufmerksamkeit. Da jedoch vorerst den obigen Bedingungen, wozu ein bedeutender Geldaufwand nothwendig sei, entsprochen werden müßte, müsse der Kriegsverwaltung Zeit gelassen werden. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen und die Specialdebatte begonnen. — Professor Billroth führte aus, bei den modernen Waffen werde die Zahl der Verwundungen durch die Gewehre noch mehr zunehmen als bisher. Die Verbandplätze müßten wegen der Tragweite der Geschosse noch mehr zurückgelegt werden; es werde unmöglich sein, die Verwundeten zurückzutragen. Der Transport müsse durch Wagen geschehen. Durch die somit nothwendige Beschaffung derselben werde der Train sehr vergrößert. Schließlich wies der Redner auf die Wichtigkeit der elektrischen Beleuchtung des Schlachtfeldes hin und verlangte die Wiedererrichtung der militairärztlichen Akademie.

* Grimaldi, Bischof von Cahors, welcher zum Erzbischof von Sens designirt ist, hat an Goathe Soulard ein Schreiben gerichtet, in welchem er dessen Erklärungen zustimmt.

* Die Erforschung der wahren Stimmung unter den englischen Parlamentswählern ist diesmal kein leichtes Ding und verursacht conservativen wie liberalen Zeichen deutern erhebliches Kopfzerbrechen. Wenn die eine Ersatzwahl zum Siege des liberalen Candidaten geführt hat, so kann man sicher darauf rechnen, daß bei der nächsten Gelegenheit ein Conservativer als Sieger aus der Urne hervorgeht, und alle an den vorhergegangenen Wahlact geknüpften, mehr oder minder kühnen und scharfsinnigen Schlußfolgerungen bezüglich des Curses der öffentlichen Meinung erweisen sich als hinfällig. Jetzt sind zur Abwechslung wieder einmal die englischen Conservativen an der Reihe zu frohlocken, nachdem seit der Ersatzwahl von South-Molton, wo der Gladstoneaner den liberalen Unionisten glänzend aus dem Felde schlug, die Anhänger des grand old man nicht müde gewesen waren, wird es gilt zu beweisen, daß die derzeitige Regierungspolitik sammt ihren Stützen von den Wählern endgiltig verurtheilt worden sei. In East Dorset hat nämlich eben eine Ersatzwahl stattgefunden, die einen eclatanten Erfolg der Torypartei darstellt und damit die Speculationen der Gladstoneaner auf die Zukunft, wenn nicht über den Haufen wirft, so doch gründlich erschüttert. Was die conservativen Parteiorgane hierbei am meisten freut, ist weniger der Wahlsieg an sich, als das Debakel, welches er dem neuesten geflügelten Worte Gladstone's angetheilt läßt, wonach Salisbury wohl die „Classen", er, Gladstone, aber die „Massen" auf seiner Seite habe. Denn in East Dorset haben gerade die „Massen" ihre Stimmen Mann für Mann dem conservativen Bewerber zugewendet und dessen radicalen Nebenbuhler mit Pauken und Trompeten durchfallen lassen. Der Schluß, den die conservativen Parteiführer im Parlament und Presse daraus ziehen, geht dahin, daß die Partei noch keinen Anlaß habe, an dem Ausgange des nächstjährigen Wahlfeldzuges irre zu werden, vorausgesetzt, daß sie ihre Wahlorganisation vervollständige, ihre Cadres einexercire und für gute Mannszucht sorge. Letzteres ist um so nothwendiger, als in England so gut wie auf dem Continent die Gefahr einer Aufwiegelung des Landvolks, dieses geborenen conservativen Staatselementes, durch radicale Agitatoren mit jedem Tage acuter wird, denn der Radicalismus, dem in den Großstädten von den Socialdemokraten in nicht mißzuverstehender Weise der Stuhl vor die Thür gesetzt wird, kann eben nirgend wo anders mehr unterschlüpfen als auf dem Lande, resp. in den kleinen Städten, nur damit ihm dies gelinge, muß er zuvor den Conservativen das Wasser abgraben. Von dem Grade, in welchem ihm dies sein Vorhaben gelingt, dürfte wesentlich der Ausgang der nächstjährigen Parlamentscampagne mit abhängen. Einstweilen finden nur Vorpostengefechte statt, aus denen über die Chancen des Haupttreffens keinerlei verläßliche Fingerzeige entnommen werden können.

* In den „Hamburger Nachrichten" finden wir einen längeren Artikel über die Engländer in Egypten, welcher nach einer Skizze der Ereignisse, die zur Occupation Egyptens durch die Engländer geführt haben, der Herstellung des Budgetgleichgewichts durch die britische Verwaltung im Jahre 1885 gedenkt und dann fortfährt:

„Mittlerweile hatte Lord Salisbury die lebenslliche Erbschaft Gladstone's angetreten. Er erinnerte sich alsbald eines vom Fürsten Bismarck am 2. März 1885 im Reichstage hingeworfenen Winkes und fandte auf den wider Willen ertheilten Rath dieses Staatsmannes Sir Drummond Wolff nach Konstantinopel, um die Vermittelung des Sultans zu gewinnen. Ihm und dem türkischen Abgesandten Muktar Pascha wird nunmehr die Neuordnung der Justiz, der Finanzen und des Heerwesens übertragen und sie kam auch theilweise zur Ausführung. Im Mai 1887 kam dann durch denselben Sir Drummond Wolff ein neuer Vertrag zwischen England und der Türkei zu Stande, der unter anderen Bestimmungen auch diejenige enthielt, daß die englischen Truppen drei Jahre nach Ratification des Vertrages Egypten zu räumen hätten. Dieses Abkommen blieb indeß ein beschriebenes Stück Papier, da der Saiten auf Antrieb Rußlands und Frankreichs die Bestätigung schließlich versagte. So bekamen denn beide Mächte, die Pforte als Treugreue und England als Vierpater, wieder freie Hand. Nur eins erlangte Frankreich noch von England: die Neutralisation des Suezcanals am 24. October 1887. Die egyptische Frage ist seitdem in statu quo geblieben; nur daß die Zahl der englischen Truppen allmälig auf ein Minimum von 3500 Mann vermindert worden ist. Dagegen ist die Zahl der für die Handhabung der Polizei sehr wesentlichen Gendarmerie durch Baker Pascha auf eine Höhe von 6500 Mann gebracht und die egyptischen Truppen sind, unter einem englischen General und 60 Officieren (neben 450 einheimischen), in einer Anzahl von 10 700 Mann reorganisirt worden. Die Finanzen haben sich ohne Frage gebessert und würden wohl noch besser geordnet sein, wenn der Plan einer Schuldenconversion nicht im Jahre 1889 an der Eifersucht Frankreichs gescheitert wäre; diese Macht erklärte, nur dann darauf eingehen zu wollen, wenn England sich vorher auf einen bestimmten Termin zur Räumung des Landes verpflichten würde. Es wäre ohne Frage der einzig sichere Weg zur Begründung der europäischen Verwickelung gewesen, wenn man im Frühjahr des Jahres 1882 auf den Vorschlag des ersten Staatsmannes in Europa, des Fürsten Bismarck, eingegangen wäre, die Türkei mit der Intervention in dem ihr rechtlich untergebenen Vasallenstaate unter Controle der Großmächte zu beauftragen. Der Vorschlag scheiterte damals, wohl nicht ohne Englands geheimen Wunsch, hauptsächlich an dem von Frankreich erhobenen Widerspruch. Andererseits würde Englands gegenwärtige, etwas unbequeme Position, die auf völkerrechtlich durchaus unsicherer Basis ruht, vermieden worden sein, wenn es, ähnlich wie Oesterreich vom Berliner Congreß des Jahres 1878 die Besetzung Bosniens, sich die Occupation Egyptens im allgemeinen Interesse hätte übertragen lassen."

Der Aufsatz giebt schließlich der Ueberzeugung Ausdruck, daß die militairisch-strategische Wichtigkeit des Besitzes Egyptens Großbritannien bestimmen werde, die Occupation aufrecht zu erhalten, auch wenn die Wahlen des nächsten Jahres ein liberales Cabinet an die Oberfläche bringen sollten.

* Der König von Italien hat für den Erzherzog Heinrich eine vierzigtägige Hoftrauer angeordnet.

* Aus Moskau meldet der Correspondent des „Standard", daß die Unruhe der höheren russischen Gesellschaftsclassen im Allgemeinen und der amtlichen Kreise im Besonderen über die drohenden Erscheinungen, welche die Hungersnoth nach sich zieht, täglich mehr und mehr zunimmt. Es gilt als wahrscheinlich, daß Aufstände gegen die Ordnung nicht ausbleiben werden. Die Bauern, welche bereits mehr oder weniger jedes Jahr schmachten, haben jetzt kennen gelernt, wie süß es ist, Brod durch Nichtsthun zu erhalten, und haben deshalb nirgends mehr Lust zur Arbeit. Inzwischen hat die Regierung sich davon überzeugt, daß es nicht angebracht, wenn nicht thöricht ist, noch vor dem wirklichen Beginn des Winters die Millionen wegzugeben, und bemüht sich deshalb, die Vertheilung der Hilfsgelder aufzuhalten und zu beschränken. Der Fehler ist jedoch bereits geschehen und läßt sich nicht wieder gutmachen. Der Bauer sagt sich, daß der Zar ihn bis jetzt ernährt hat und ihn auch ferner ernähren muß. In einem Falle wurde sogar einem Beamten, welcher den Bauern die Lage erklären wollte, die Antwort zu Theil: „Wenn unser Zar uns nicht zu erhalten vermag, so wollen wir einen Zar haben, der es kann."

* Die russische Regierung ist zur Zeit damit beschäftigt, Ortschaften in den baltischen Provinzen, welche nichtrussische Namen führen, umzubenennen. So ist soeben der Befehl erlassen worden, drei Gemeinden in Estland, die seit Jahrhunderten deutsche Namen trugen, hinfort russische Namen beizulegen.

* In diplomatischen Kreisen spricht man neuerdings von der Berufung des Wiener Botschafters Lobanow ins russische Ministerium des Auswärtigen, sowie von seiner Ersetzung durch Nelidow. Zum Botschafter in Konstantinopel soll dann Fürst Cantacuzene ausersehen sein. Nelidow trifft von Konstantinopel Ende der Woche in Petersburg ein.

* Die großserbischen Agitatoren in Serbien bedienen sich, wie aus Belgrad berichtet wird, der dort lebenden bosnisch-herzegowinischen Auswanderer, um der Idee einer Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit Serbien Vorschub zu leisten. Zu diesem Zwecke ist ein besonderer Verein gegründet worden. Da man weiß, aus welchen Elementen sich die bosnisch-herzegowinischen Auswanderer in Serbien zusammensetzen und daß dies meist Leute sind, die sich in Bosnien der Verfolgung wegen gemeiner Verbrechen durch die Flucht entzogen haben, so legt dem Treiben derselben begreiflicherweise

SLUB
Wir führen Wissen.